

rungen unterliegendes besonderes Gesetz.« Und in dem Entwurf der neuen württembergischen Verfassung heißt es (3. Abschnitt, § 10): »Die Vergesellschaftung der Wirtschaft nach dem Stande ihrer Entwicklung ist Aufgabe des Staates. Zur Überführung eines Zweiges der Gütererzeugung in die Gemeinschaft ist ein Gesetz erforderlich.« Nach meiner Ansicht sollte die neue Reichsverfassung noch einige Schritte weiter gehen: sie sollte grundsätzlich das Recht der Staatsregierung aussprechen, aus Gründen des Volkswohls das Privateigentum an Produktionsmitteln zum Zwecke der Gemeinbewirtschaftung zu enteignen, und zugleich erklären, daß der Staat ein Obereigentumsrecht auf Grund und Boden und die in diesem enthaltenen Mineralerschätze besitzt.

Hoffentlich unterzieht die Nationalversammlung den von Dr. Preuß ausgearbeiteten Verfassungsentwurf einer gründlichen Prüfung und nimmt daran eine Reihe durchaus nötiger Änderungen vor. Es wäre ein seltsames Schauspiel, wenn die deutsche Republik mit einer Verfassung hervorträte, die in bezug auf die Staats- und Eigentumsauffassung sogar hinter den Verfassungsartikeln liberaler Staaten zurückbliebe.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Von Dr. Paul Lensch.

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung sind vorüber, aber eine irgendwie nennenswerte Entlastung der politischen Atmosphäre haben sie uns nicht gebracht. Ein paar Tage später brach der Berliner Elektrikerstreik aus, der die Reichshauptstadt einige Tage in Dunkelheit versetzte, und kurze Zeit darauf schien die schon lange erwartete Katastrophe zum Ausbruch zu kommen, mit der die fortgesetzten Streiks in der Kohlenindustrie das Wirtschaftsleben bedrohen. Irgendwelchen klärenden Eindruck auf die deutschen Arbeitermassen hat die Wahlagitiation und das Wahlergebnis jedenfalls nicht gemacht. Ob der Zusammentritt der Nationalversammlung und ihre Verhandlungen einen größeren Eindruck machen werden, bleibt abzuwarten.

Und mit welchen Erwartungen hatte man dieser Wahl entgegengesehen! Je mehr man erkannte, daß die Regierung unter dem Provisorium aller Verhältnisse immer wieder in der Entfaltung ihrer Energie sich behindert fühlte, desto gläubiger blickte man den kommenden Wahlen entgegen, die einen endgültigen Zustand schaffen würden. Allein das Interesse an den Wahlen und damit die Hoffnung, mit dem Stimmzettel das deutsche Schicksal maßgebend beeinflussen zu können, war bereits acht Tage später, bei den Wahlen zur preussischen Nationalversammlung, ganz erheblich gesunken. Ein schlechtes Zeichen für die junge deutsche Demokratie!

Was nun das Ergebnis der Wahl angeht, so hat sich die lange Verzögerung des Termins an der Sozialdemokratie schwer gerächt. In dieser Hinsicht lagen für die deutsche Arbeiterbewegung die Dinge gerade umgekehrt wie für die englische. Bedeutete für diese jede Verzögerung der Wahl einen Gewinn an Mandaten, so für jene umgekehrt einen Verlust. In England bestimmte die am Staatsruder sitzende Bourgeoisie daher einen möglichst frühen Termin mit dem Erfolg, daß die Arbeiterpartei mit einer schweren Schlappe aus den Wahlen hervorging. In Deutschland schob umgekehrt die

regierende Arbeiterschaft den Termin anfangs derartig weit hinaus, daß das fast auf eine planmäßige Verhinderung der Wahlen hinauslief! Später besann man sich und verlegte ihn um vier Wochen früher. Aber der Fehler war nicht mehr völlig gutzumachen. Hätten ohne allen Zweifel Wahlen Ende November oder Anfang Dezember der Sozialdemokratie die absolute Mehrheit gegeben, so hatte inzwischen die politische Zersetzung des sozialistischen Parteiwesens schon zu große Fortschritte gemacht, als daß die anderen Parteien nicht ihren Nutzen daraus gezogen hätten. Die Sozialdemokratie errang zwar die bei weitem höchste Mandatziffer, bildet aber, selbst wenn man, wozu kein Anlaß vorliegt, ihr die sogenannten »Unabhängigen« zurechnet, nicht die absolute Mehrheit. Die bürgerliche Demokratie hat sich recht gut geschlagen. Nationalliberale und Konservative haben furchtbare Schlappen erlitten, aber auch das Zentrum hat Einbußen gehabt, die noch größer gewesen wären, wenn ihm nicht durch die Wahlenthaltung der Polen ein beträchtlicher Zuwachs an Mandaten zugute gekommen wäre. Auffallend schlecht hat die Sozialdemokratie in Berlin abgeschnitten, wo die »Unabhängigen« größere Erfolge errangen, als man anzunehmen Anlaß hatte. Der Grund hierfür liegt vornehmlich in den blutigen Spartakuskrawallen, in dem tragischen Tode von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, aber auch in der Ansammlung zahlloser Unbeschäftigter auf dem Berliner Pflaster, in den allgemeinen Verhältnissen, die gerade in Berlin ein besonders düsteres Aussehen haben. Im ganzen haben die »Unabhängigen« rund zwei Millionen Stimmen erhalten. Das ist nicht wenig, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß sich darunter die widerspruchsvollsten Elemente verbergen: Spartakusanhänger auf der einen Seite, die gestern noch Unabhängige waren und heute der Spartakusparole auf Wahlenthaltung nicht folgen mochten, Bernsteinanhänger auf der anderen, die einen Spezialklub zur Wiedervereinigung mit der Sozialdemokratie gegründet haben, zwischen- durch Ledebour und die Seinen, Barth und seine Gefolgschaft, die Freunde Eichhorns, Haases und Breitscheids: ein wirres Gemengel heterogenster Bestandteile.

Wie ist nun die Lage der Partei nach den Wahlen? Es wäre eine arge Selbsttäuschung, wollte man sich irgendwelchem Optimismus hingeben, etwa wegen der hohen Mandatziffer oder der Stimmenzahl oder weil die Wahlen ohne Störungen durch Spartakus vonstatten gingen. Was die Stimmenzahl angeht, so wiesen wir bereits darauf hin, daß die Sozialdemokratie mit jeder Woche weiterer Hinausschiebung des Wahltermins noch mehr verlieren mußte. Und zwar nach beiden Seiten hin. Konnte früher die Sozialdemokratie sich auf ihr sprichwörtliches »Schweineglück« berufen und den bürgerlichen Parteien zurufen: Wir leben nur von euren Fehlern — so hatten sich jetzt die Rollen vertauscht. Die bürgerlichen Parteien, die am 9. November nicht zu mucksen gewagt hatten, wurden zusehends feister und stärker. Das Zentrum besonders fühlte sich von Adolf Hoffmann förmlich gerettet, und der zunehmende Zerfall der Volkswirtschaft kam allen bürgerlichen Parteien gleichmäßig zustatten. Die Regierung konnte weder das Streikfieber mildern, noch die Ernährungsverhältnisse bessern oder den Schleichhandel unterdrücken. Sie vermochte nichts Entscheidendes gegen die Arbeitsverweigerer, die sich in den Großstädten ansammelten und dort immer neue Millionen an Unterstützung beanspruchten, noch gegen die Spartakushäufen,

die den Bergbau ruinierten und in der Reichshauptstadt den blutigen Bürgerkrieg proklamierten. Als Noske endlich an den Platz gestellt wurde, an den er schon lange hingehört hätte, war es fast zu spät. Unter diesen Umständen waren die Wahlen für die Partei eine Erlösung. Sie machten dem Abbläfferungsprozeß nach rechts und links ein Ende und schufen wenigstens feste Zahlenverhältnisse. Aber es wird sich noch zu erweisen haben, wie weiß die für die Sozialdemokratie unter diesen Umständen abgegebenen Stimmen auch zuverlässig sind.

Dabei muß man sich vor Augen halten, daß die Schwierigkeiten, die uns bevorstehen, größer sein werden als die, die hinter uns liegen. Das Ernährungsproblem allein zu bewältigen, sind wir vollkommen außerstande. Wir sind durch den Niederbruch unserer Wehrkraft widerstandslos den Launen der Entente preisgegeben, und diese hat den Plan, uns zu ihrem Arbeitsvolk zu machen. Die Ausbeutung der fremden Bourgeoisien durch englisches Kapital, was schon Marx als das wahre Ziel englischer Politik hingestellt hat: sie ist nunmehr voll in die Erscheinung getreten. Wir stehen jetzt in der Tat zu England wie die proletarische Klasse zur Bourgeoisieklasse. Dieser Klassen Gegensatz zwischen zwei Völkern, auf den ich bereits vor Jahren hingewiesen hatte und um dessentwillen Kautsky damals glaubte, in der »Neuen Zeit« über mich herfallen zu müssen, er ist jetzt offenkundig geworden. Man plündert uns bis aufs Hemd aus und ist im Begriff, uns auch noch die Handelsflotte wegzunehmen. Sie soll unter fremder Flagge fahren mit einer Besatzung, die die Entente bestimmt. Die Notaushilfe, die man uns dafür in Aussicht stellt, beträgt gerade zwei Wochenrationen Brot und sechs Wochenrationen Fett. Vor allem aber geht aus der weiteren Aufrechterhaltung der Blockade, durch die England täglich Tausende deutscher Kinder mordet, mit absoluter Klarheit hervor, daß die englische Bourgeoisie viel weniger den Bolschewismus in Deutschland fürchtet als vielmehr den Sieg des Sozialismus. Die Redensarten, mit denen Lloyd George dem Wilsonschen Völkerbundsgebanken zugestimmt hat, sind nichts anderes als die ethische Verbrämung der pax Britannica, der englischen Weltherrschaft. Unter dem Schutze des englischen Löwen alle Völker zu einigen, ist immer das Ziel englischer Politik gewesen. Die weitere Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen, die Ausplünderung unserer Kohlenruben, die Sabotierung unserer nächsten Ernte sind ebensoviel weitere Beweise dafür, daß die Entente zielbewußt darauf ausgeht, bei uns den Bolschewismus großzuziehen. Sie tut das nicht lediglich aus Bosheit, sondern aus kühler Erwägung. Das Verhältnis zwischen der deutschen Revolution und den Verhältnissen in England ist doppelseitig. Ohne Revolution in England ist die deutsche Revolution nicht zu halten. Das ist das eine. Das andere aber lautet: Der Sieg der deutschen Revolution zieht auch die Revolution in England nach sich. Sei diese Erkenntnis nun in England klar erkannt oder instinktiv gefühlt, jedenfalls handelt die dort herrschende Bourgeoisie vollkommen nach dieser Erkenntnis und tut alles, um den Sieg der deutschen Revolution unmöglich zu machen. Nützen wird es ihr zwar hoffentlich auf die Dauer nichts; dazu sind die sozialen Verhältnisse auch in England schon viel zu unterwühlt und die Unruhen in der Arbeiterklasse zu groß. Je länger sie den Frieden hinauszieht, desto mehr wird die allgemeine Zersetzung in Britannien zunehmen und die Herrschaft der Gewaltpolitiker erschüttern; auf der anderen Seite

aber erblicken diese Gewaltpolitiker in der weiteren Verschleppung des Friedensschlusses das sicherste Mittel, den Sieg der deutschen Revolution und damit ihren eigenen Sturz zu verhindern.

Aus alledem ergeben sich für die Partei wie für die Regierung Richtlinien für ihr Verhalten. Die Pläne der Gegner auf Sabotierung der sozialistischen Revolution gilt es unter allen Umständen zu durchkreuzen, und zwar auf doppelte Weise. Einmal durch möglichste Aufrechterhaltung der deutschen Volkswirtschaft und dann durch offene Denunzierung der wirklichen Klassenziele Englands. Auch in der jetzigen Situation Deutschlands und in ihr erst recht gilt, so paradox es klingen mag, der alte Satz: Immer in der Offensive! Offensiv sein gegen die Aushungerungspolitik der Entente, gegen ihre Versklavungstendenzen, ihre systematische Züchtung des deutschen Bolschewismus, offensiv mit den Waffen, die uns geblieben sind: dem Wort, der Anklage, dem sittlichen Appell an das Gewissen der Welt, an die Interessen der unterdrückten Klassen aller Länder, der Berufung auf die Zukunft der europäischen Kultur, die durch den Gewaltfrieden vollends vernichtet wird und in einem Blutsumpf untergehen muß. Hier muß man einen systematischen Feldzug eröffnen, nicht nachlassen, immer wieder vorgehen, dem Feinde die Larve vom Gesicht reißen und vor dem Proletariat der ganzen Welt den Nachweis führen, daß die englische Bourgeoisie an Deutschland jetzt genau das gleiche vorzunehmen im Begriffe ist, was Marx bereits 1849 von ihr sagte: sie hungere die neue Gesellschaft schon im Mutter Schoß aus.

Eine derartige Aktion wäre natürlich undenkbar, wenn die deutsche Regierung sie etwa lediglich als Haupt einer Partei unternehmen wollte. Nein! Wie es sich dabei um die Interessen der ganzen Nation handelt, so kann man sie auch nur als Wortführer der ganzen Nation unternehmen. Das hat zur Voraussetzung, daß die Partei das Ergebnis der Wahlen so auffaßt, wie es vor uns liegt, daß nämlich ein enges Verhältnis mit der bürgerlichen Demokratie zustande kommen muß, bei dem die Sozialdemokratie freilich immer ihre Vormachtstellung zu wahren hätte, wo aber gleichzeitig der Demokratie ein breites Feld zu entschlossener Mitarbeit geboten wäre. Am allerwenigsten brauchte uns dabei der Klassenkampfgedanke zu stören. Man könnte in der jetzigen Situation sehr wohl die Frage aufwerfen: Wer ist heute die herrschende Klasse? Aber ganz abgesehen davon: es wäre sehr zu begrüßen, wenn auch der Klassenkampfgedanke, der gerade in Deutschland kraft der Reaktionswirtschaft des alten Systems einer gewissen Erstarrung anheimgefallen war, unter der Einwirkung der Revolution eine neue Durchdenkung erführe. Wir wiesen bereits darauf hin, daß Deutschland im Begriffe steht, der englischen Bourgeoisie gegenüber in das Verhältnis einer Arbeiterklasse gestoßen zu werden. Hatte doch auch Karl Renner einmal vom Freihandel geschrieben, daß er ein Volk zum anderen als Ganzes in das Verhältnis des Lohnarbeiters zum Unternehmer, des Produzenten zum Händler, des Schuldners zum Gläubiger, des Pächters zum Grundherrn, somit in einen mehr oder weniger verhüllten Klassengegensatz stellt. Hier ergeben sich ganz neue Orientierungspunkte. Blieben wirklich die jetzt England beherrschenden Schichten am Ruder und gelänge es ihnen, uns den Ausplünderungsfrieden aufzuerlegen, den sie planen, so wäre der deutsche »Kapitalist« nur noch der Zinseneintreiber und Steuererheber der

englischen Herrschaft, und der deutsche Proletarier hätte dann seinen wahren Ausbeuter nicht mehr in Deutschland, sondern in England sitzen. Der Klassengegensatz hätte sich völlig verschoben. Auch hier träte das Wort zu, das Renner in seinem Buche »Marxismus, Krieg und Internationale« schreibt: »In dem erstarrten Festhalten der Klassenschichtung, wie sie vormalerweise gegeben war, und in der Scheu, die Umschichtung der Klassen anzuerkennen, erblicke ich die Verknöcherung der Klassenkampflehre.«

Jedenfalls hat die deutsche Sozialdemokratie allen Anlaß, ihr Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien auf Grund des Wahlergebnisses wie der gesamten politischen Situation neu zu durchdenken. Die Aufgaben, die jetzt ihrer Lösung harren, sind zum größten Teil gemeinsame und nur unter gemeinsamer Arbeit zu lösen, wenn sie überhaupt zu lösen sind. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Interessengegenstände verschwunden wären oder übersehen werden dürfen. Noch weniger aber darf übersehen werden, daß sich in Deutschland in der Revolution eine Tatsache vollzogen hat, die noch nicht da war in der abendländischen Geschichte: die Arbeiterklasse hat die politische Macht erobert und hat sie mit Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Nation bis jetzt ausgeübt. Diese fundamentale Änderung aller Verhältnisse verlangt auch eine Neuorientierung in den politischen Anschauungen. Jetzt ist keine Regierung mehr da, der man die Schuld an allen möglichen Dingen zuschieben könnte. Jetzt ist man selber die Regierung und trägt damit die Verantwortung, zwar nicht für alles und jedes; denn mit Recht wird die sozialistische Regierung sagen können, daß sie für sehr vieles nur den Konkursverwalter abgegeben habe. Aber je länger die sozialistische Regierung im Amte sitzt, desto mehr Entschlüsse muß sie fassen, für die sie die Verantwortung nicht ablehnen kann. Wie wenig jedoch bisher die Partei aus der neuen historischen Situation neue Gesichtspunkte abzuleiten sich entschließen konnte, dafür war der Wahlkampf ein nicht gerade erhebender Beweis. Die Psychologie der Oppositions- und reinen Klassenkampfpartei steckt der Sozialdemokratie noch viel zu sehr im Blute.

So ergeben sich aus den Wahlen für die Sozialdemokratie die wichtigsten Gesichtspunkte für eine Erneuerung und Erweiterung ihrer bisherigen Methoden und Anschauungen. Über die konkreten Aufgaben läßt sich zurzeit wenig sagen. Sie hängen völlig davon ab, ob es der Regierung möglich sein wird, die deutsche Volkswirtschaft über Wasser zu halten. Sah sich doch selbst Noske, eine tatkräftige und in ihren Grundzügen daher optimistische Natur, vor einigen Tagen genötigt, bei den Groß-Berliner Soldatenräten zu sagen, dauere das Durcheinander der letzten Wochen nur noch einen Monat an, so müßten wir einem Chaos anheimfallen, in dem mehr Menschen am Elend umkommen würden, als im ganzen Kriege. Die konkreten Aufgaben haben durch die Wahl nicht ihren Charakter geändert; sie sind nur noch aktueller geworden und durch die Entscheidung am 19. Januar ihrer Lösung nähergeführt. Wohl aber macht die entscheidende Rolle, in der jener Tag die deutsche Sozialdemokratie neu bestätigt hat, es dringend nötig, daß die Partei auch geistig mehr in die Größe der historischen Situation hineinwächst, daß sie lernt, nicht bloß ihre Richtlinien von der inneren Politik zu holen, sondern über Länder und Kontinente zu blicken. Nur wenn sie den Weltkrieg und die Weltrevolution, deren Ende noch gar nicht abzu-

sehen ist, wirklich als ein Ereignis auffaßt, das die gesamte abendländische Kultur angeht, und nicht bloß als einen Kampf gegen die Reaktion in Deutschland oder für die deutsche Sozialpolitik, dann erst wächst sie über ihre bisherigen begrenzten Verhältnisse und ihre immer noch engen geistigen Schranken hinaus und wird fähig, den Platz einzunehmen, der ihr nach ihrer Vergangenheit zukommt: den Platz als Führerin der Weltrevolution.

Aussichten der deutschen Seeschifffahrt.

Von Otto Lindner.

(Schluß.)

II.

Die deutsche Seeschifffahrt wird sich also nach den im vorigen Artikel dargelegten Verhältnissen wohl einstweilen mit sehr viel kleineren Transporten begnügen müssen, als sie früher zu bewältigen gewohnt war. Für ihr Gedeihen wird es demnach weniger auf ein Wettrennen mit dem ausländischen Schiffsbau ankommen, als vielmehr auf ausreichende Beschäftigung des vorhandenen Schiffsraums. Hier bietet sich unseren Unterhändlern auf dem Friedenskongreß ein breites Arbeitsfeld (wenn anders die Friedensbedingungen uns nicht einfach diktiert werden). Mit einem Schiffspark von $2\frac{1}{2}$ bis 3 Millionen Tonnen Tragfähigkeit werden sich bei rationeller Arbeit vielleicht mehr Gewichtseinheiten an Waren transportieren lassen, als unser eigener Außenhandel nach Übersee vorläufig umfassen wird. Unsere Aufmerksamkeit muß sich demnach zunächst darauf richten, daß die für uns bestimmten und von uns ausgehenden Transporte möglichst in vollem Umfang deutschen Schiffen zugewiesen werden und daß diese, namentlich auf den ersten Ausreisen, möglichst auch noch fremde Güter beigeladen bekommen, damit sie die günstige Lage des Frachtenmarktes noch ausnützen und uns etwas Geld hereinbringen können. Während des Krieges haben sich die Seefrachtsätze zu phantastischer Höhe entwickelt. So ist die Stückgutfracht von Karachi nach England für die Scalefonne von etwa 18 bis 25 Schilling in 1912 auf 260 Schilling in 1918 gestiegen, die für Getreide in Nettoformcharter von den Atlantikhäfen der Vereinigten Staaten nach England für die Tonne von 18 bis 24 Schilling auf 230 Schilling, die für Kohlen von Wales nach Port Said von 8 bis 14 Schilling auf 200 Schilling, die von Wales nach La Plata von 14 bis 24 Schilling auf 120 Schilling. Der Fortfall des Kriegsriskos wird diese Sätze natürlich wieder erheblich senken, und die kommende Entwicklung des Tonnageangebots wird noch kräftiger in dieser Richtung wirken (falls nicht der angestrebte Schiffsfahrts-pool die Wirkung der Konkurrenz ausschaltet), aber einstweilen sind noch Frachten einzuheimsen, die den Betrieb der im Vergleich zu den heutigen Baupreisen sehr billigen vorhandenen Schiffe hochrentabel machen würden. Jedenfalls ist es volkswirtschaftlich ein großer Unterschied, ob wir diese hohen Sätze dem ausländischen Schiffsfahrtskapital entrichten oder ob wir sie durch unsere Schiffe zu unserer Verfügung hereinbekommen. Diese Möglichkeit einer vielleicht nur kurzen, aber ergiebigen Verdienstperiode ist wohl der einzige Lichtblick in dem trüben Wilde der sich bietenden Aussichten.

Der weitere Gang der Entwicklung wird ganz davon abhängen, wie sich die Gesamtlage unserer Volkswirtschaft in Verbindung mit der des Welt-